



INHALT **Seite 1:** Gentechnik auf dem Acker **Seite 2:** Schulpolitik aktuell **Seite 3:** Offene Endlagersuche **Seite 4:** Zur Debatte um Daniel Cohn-Bendit **Seite 6:** Zeit für den Grünen Wandel **Seite 7:** Praktikumsbericht aus Stuttgart **Seite 8:** Mitglied werden / Termine

Liebe Freundinnen und Freunde,

Seit Anfang Januar hat der neue Kultusminister Andreas Stoch die Geschäfte im Ministerium übernommen. Seitdem arbeitet sich "der Neue" in das schier unüberschaubare Feld der Bildungspolitik ein - keine leichte Aufgabe für einen fachfremden Abgeordneten mit Schwerpunkt Innenpolitik. Er hat auch einige Entscheidungen seiner Vorgängerin wieder auf den Prüfstand gestellt und setzt einige Impulse im Kultusministerium neu durch. Das ist verständlich, schliesslich muss er als Minister auch die politische Verantwortung übernehmen. Leider führt dies auch dazu, dass wir wieder einige Zeit verlieren, während an den Schulen Verunsicherung oder auch Unmut vorherrschen. Im folgenden ein Überblick über die aktuellen Entscheidungen aus dem Kultusministerium zum besseren Verständnis der derzeitigen Situation.

Dies und weitere Themen findet ihr in diesem aktuellen Rundbrief. Und nicht vergessen: Am 22. September ist Bundestagswahl!
Viele Grüße und bis bald
Daniel Lede Abal

Gentechnik auf dem Acker- Nein Danke! Festlegung eines gentechnikfreien Anbaus auf öffentlichen Flächen ist möglich.

Wer unseren Grün-Roten Koalitionsvertrag gelesen hat weiß, dass wir das Land Baden-Württemberg auch zukünftig frei vom Anbau gentechnisch veränderter Organismen (GVO) halten wollen. Vor diesem Hintergrund ist das Land Baden-Württemberg im Oktober vergangenen Jahres dem "Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen" beigetreten.

Eine wesentliche Maßnahme stellt der verpflichtende Verzicht auf einen Anbau von GVO beim Abschluss neuer Pachtverträge des Landes dar. In Deutschland ist der Anbau von durch die EU zugelassene GVO gesetzlich nicht verboten und auch nicht verbotbar. Für Grundstückseigentümer, ob privat oder öffentlich, besteht damit nur die Möglichkeit, den Anbau von GVO in Pachtverträgen rechtsverbindlich zu untersagen.

Der Städtetag ist in Absprache mit dem Gemeindetag bereit, den Städten und Gemeinden eine entsprechende "Landesklausel" für neue Pachtverträge zur Verfügung zu stellen. So können die Kommunen auf einen Musterparagrafen zurückgreifen, der ausschließt, dass auf gemeindeeigenen landwirtschaftlichen Flächen GVO angebaut werden – das stärkt die Kommunen und die Rechtssicherheit. Wir wissen, dass ein solches Vorgehen in vielen Kommunen Anklang findet, auch in Kommunen, in denen es (noch) keine grünen oder grünnahen Listen gibt.

In einem Schreiben an den Städtetag stellt die Landesregierung nun folgende Formulierung zur Verfügung: **"Der Pächter verpflichtet sich, keine gentechnisch veränderten Organismen auf der Pachtfläche anzubauen oder anbauen zu lassen. Im Falle der Nutzungsüberlassung der Pachtfläche an Dritte verpflichtet sich der Pächter, mit dem Nutzungsberechtigten zu vereinbaren, dass dieser ebenfalls keine gentechnisch veränderten Organismen auf dieser Fläche anbaut oder anbauen lässt."**

Schulpolitik aktuell

Die Grundproblematik und unsere Zielrichtung.

(Auszüge aus meiner ausführlichen Erklärung in gesondertem pdf)

Jahrelang wurde es in Baden-Württemberg versäumt, notwendige Verbesserungen im Bildungsbereich durchzuführen bzw. die notwendigen Mittel in der Finanzplanung vorzusehen. Sei es bei Ganztagschulen, Plätzen für Kleinkindbetreuung oder die Krankenvertretung an Schulen: Das Land war hier im Vergleich der Bundesländer immer schlecht positioniert. Ressourcen und Chancen sind sehr unterschiedlich verteilt. Diese Schiefen wollen wir beheben. Einiges konnten wir bereits erreichen, weitere Schritte werden folgen. Allerdings gibt es in finanzieller Hinsicht Angesichts eines Schuldenberges in Höhe von über 43 Milliarden Euro aus der Zeit der CDU-geführten Regierungen eine erhebliche Vorbelastung. Wenn wir den Pfad der strukturellen Einsparungen und der Haushaltskonsolidierung jetzt nicht schrittweise einschlagen, werden in Zukunft weitaus schmerzhaftere Einschnitte nötig sein.

Auf der anderen Seite bietet der deutliche Rückgang der Schülerzahlen auch Chancen, personelle Ressourcen im Schulbereich anders zu verteilen. Das bedeutet auch, dass wir nicht alle Schulstandorte erhalten können. Wir müssen durch Verfahren regionaler Schulentwicklung Standorte konzentrieren. Die Landesregierung verfolgt zwischen Qualitätsverbesserung und Einsparung eine ausgewogene Strategie. In der öffentlichen Diskussion wird meist nur auf die Reduzierung der Lehrerstellen von 1.000 in diesem Jahr und 1.200 im kommenden Jahr Bezug genommen - tatsächlich aber erreichen wir eine Verbesserung der Zahl der Lehrer pro Schüler. Warum dies aber in den Schulen so nicht ankommt, dieser Frage gehen wir derzeit nach.

Bei dem Thema Entlastungsstundenkontingent setzen wir uns für eine neue Berechnung der Entlastungsstunden abhängig von Schülerzahlen, also losgelöst von Schulart und Klasse, ein. Die Hausaufgabenbetreuung an Gymnasien ist uns wichtig. Wir sehen Einschnitte sehr kritisch und haben noch erheblichen Klärungsbedarf mit dem Ministerium. Weitere aktuelle Diskussionspunkte sind die Frage der Altersermäßigung sowie der Einsparungen im Besoldungsbereich. Die Fragen wie der grün-rote Bildungsaufbruch und die Haushaltskonsolidierung zusammen passen sowie zum Thema Regionale Schulentwicklung erfährt Ihr auf unserer Website: <http://gruenlink.de/igb>.

Der CDU-Schuldenberg kostet dieses Land jährlich 1.9 Milliarden Euro allein an Zinsen. Daher versteht Ihr sicherlich, warum wir die „Politik des leichten Geldes“, die auf Verschuldung basiert, nicht weiter führen: Wer die Lasten in die Zukunft verschiebt, packt diese in den Rucksack der eigenen Kinder. Dies kann nicht weiter gehen, auch aus Verantwortung gegenüber künftigen Generationen.

Für diese Politik der Nachhaltigkeit, die auch Veränderungen in der Bildungspolitik mit sich bringt, bitten wir um Ihre Unterstützung. Hier geht es auch darum für wachsende Aufgaben in Bereichen wie Inklusion, Ausbau Ganztageschulen, Förderung frühkindlicher Bildung finanzielle Spielräume zu erhalten.

Offene Endlagersuche und Castortransporte - auch in Baden-Württemberg

Die Gespräche zum sog. Standortauswahlgesetz zwischen Bund und Länder sowie Vertretern der Parteien sind abgeschlossen.

Am 9. April fanden die abschließenden Gespräche der Länder mit dem Bund zum sog. Standortauswahlgesetz statt. Mit diesem Gesetz soll die Suche nach einem Standort für ein atomares Endlager gesetzlich geregelt werden und ein offenes, transparentes und an wissenschaftlichen Kriterien orientiertes Suchverfahren ermöglicht werden. Damit hat der von Ministerpräsident Winfried Kretschmann 2011 angestoßene Prozess zur gesetzlichen Ausgestaltung der Standortsuche ein Ende gefunden und es besteht die Aussicht, ein seit Jahrzehnten schwelendes Problem zu lösen. Was aber bedeutet diese Einigung nun für Baden-Württemberg?

Zunächst einmal sieht das Gesetz vor in einem vierstufigen Suchverfahren einen Standort für ein atomares Endlager in der Bundesrepublik zu suchen. Dabei soll kein Standort von vornherein ausgeschlossen oder präjudiziert werden ("Weiße Landkarte"). Ein umfangreiches und wissenschaftlich begleitetes Standortsuchverfahren wird möglicherweise auch Standorte in Baden-Württemberg unter die Lupe nehmen. Nach einer ersten Stufe, der sog. Obertägigen Erkundung (dafür läuft die Standortsuche nun an), werden in einem zweiten Schritt als vielversprechend eingestufte Standorte auch Untertägig erkundet. Welche Standorte dies sein werden, lässt das Gesetz völlig offen. Es ist lediglich festgelegt, dass die Untertägige Erkundung vom Deutschen Bundestag per Gesetz beschlossen werden wird. Eine Auswahl erfolgt sodann auf Grundlage der erworbenen Erkenntnisse. Bundestag und Bundesrat werden den Standort dann per Gesetz beschließen. Bis zur Umsetzung werden also noch einige Jahre ins Land gehen.

Allerdings gibt es bereits jetzt eine gravierende Änderung: Die Landesregierung Niedersachsen hatte ihre Zustimmung zu einem Gesetzentwurf davon abhängig gemacht, dass keine ab sofort keine zusätzlichen Castoren in Gorleben eingelagert werden. Hierüber konnte eine Einigung erzielt werden, so dass ein echter Neubeginn in der Endlagersuche, ohne Vorfestlegung, möglich ist. Der Verzicht auf die weitere Einlagerung, war zum einen eine Vorbedingung aus Niedersachsen, zum anderen aber auch ein wichtiger Schritt, um das Vertrauen eines wirklich offenen Prozesses in der Region um Gorleben vermitteln zu können. Dies bedeutet: Die zu erwartenden Rücktransporte aus den atomaren Aufbereitungsanlagen in La Hague und Sellafield, die in den Jahren 2015 – 2018 erwartet werden und völkerrechtlich verbindlich sind, können nicht mehr nach Gorleben gebracht werden, sondern sollen in bereits am Standort von Atomkraftwerken bestehende Zwischenlager eingelagert werden.

Das Land Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein haben sich grundsätzlich bereit erklärt, in den bestehenden Zwischenlagern weitere Castoren einzulagern. Für das Land Baden-Württemberg kommt die Aufnahme von 5 Castoren aus einem Rücktransport aus La Hague in Betracht. Hierbei handelt es sich bisher aber nur um politische Absichtserklärungen, denn es sind umfangreiche Genehmigungsverfahren nötig und die Betreiber der Zwischenlager müssen zunächst einen Antrag beim Bundesamt für Strahlenschutz stellen. Möglicherweise soll auch die Regelung aufgegeben werden, dass in Zwischenlager an Standorten von Atomkraftwerken auch Castoren aus anderen Standorten eingelagert werden können. So könnte der Bau weiterer Zwischenlagerkapazitäten vermieden werden, aber die Folge wären zusätzliche Castortransporte auch in Baden-Württemberg

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag hatte gefordert, dass im Zusammenhang mit der Regelung über ein Endlager auch ein generelles Exportverbot für atomaren Abfall gesetzlich verankert werden sollte. Im Protokoll ist festgehalten, dass die anwesenden Teilnehmer übereinstimmend erklärten, dass generell atomarer Abfall nicht exportiert werden soll. Wir werden sehen wie sich der Konsens bei Atomausstieg und Endlagersuche weiter entwickelt. Einen ersten Eindruck hat uns die CDU-Landtagsfraktion Mitte April bereits vermittelt: Dem (Lippen-)Bekanntnis zum offenen Verfahren und zur "Weißen Landkarte" folgte sofort die Schlussfolgerung "Aber in Baden-Württemberg gibt es keinen

geeigneten Standort". Wir lehnen das Konzept der "Schwarzen Landkarte" ("Überall, nur nicht in Baden-Württemberg") entschieden ab und fordern, dass die Endlagersuche nicht wie in den 70er Jahren politisch, sondern nach geologischen Voraussetzungen entschieden wird - wir müssen heute die Fehler von damals auslöffeln.

Zur Debatte um Daniel Cohn-Bendit

Ich gehe davon aus, dass alle Mitglieder die Debatte um die Ehrung Daniel Cohn-Bendits durch die Theodor-Heuss-Stiftung bzw. die ihm vorgeworfenen Buchpassagen aus dem Jahr 1975 verfolgt haben. Ich (Jahrgang 1976 und Vater eines kleinen Kindes) möchte dazu einige Anmerkungen machen und versuchen, das zu fassen, was wirklich vorgefallen ist. Wenn auch vielleicht etwas anders als manche erwarten.

Daniel Cohn-Bendit war in den 60er und 70er Jahren eine der großen Figuren der Studentenbewegung in Frankreich und in Deutschland, in Deutschland vergleichbar in der öffentlichen Wahrnehmung mit Rudi Dutschke und einigen anderen. Er gehörte schon in den 70er Jahren in Frankfurt zum Personenkreis um Joschka Fischer, wurde Mitglied der Grünen und später der Dezernent für Multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt, später Europaabgeordneter abwechselnd für die französischen und die deutschen Grünen – bis heute.

In die Kritik geraten ist Daniel Cohn-Bendit wegen seines Buches „Der große Basar“ aus dem Jahr 1975. Er beschreibt dort aus der Sicht eines Erziehers in einem Kinderladen das Verhalten von Kindern und belegt es mit einer sexuellen Deutung. Daniel Cohn-Bendit hat sich später mehrfach und eindeutig von diesen Stellen distanziert und sie als fiktiv bezeichnet. Die entsprechenden und auch meinen Vorstellungen vom Schutz von und Umgang mit Kindern zuwiderlaufenden Buchpassagen wurden in den vergangenen Jahren mehrfach thematisiert und wurden beispielsweise auch im Deutschen Bundestag in einer Aktuellen Stunde diskutiert. Daniel Cohn-Bendit hat immer wieder betont, dass die beschriebenen Vorgänge nie stattgefunden haben und er niemals Kinder missbraucht hat – bis heute hat auch niemand solche Vorwürfe konkret erhoben. Alle Vorwürfe beziehen sich auf die erwähnten Buchpassagen.

Man darf zumindest daran zweifeln, dass es FDP und CDU im Land um eine ernsthafte Debatte zum Thema Kindesmissbrauch ging. Gerade im Fall der recht konservativen FDP-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg aber ging es wohl vor allem darum, den Grünen, und nebenbei der überparteilichen, aber deutlich linksliberalen Theodor-Heuss-Stiftung, einen kräftigen Schlag zu verpassen. Und es ging darum, den Ministerpräsidenten in diese Debatte hineinzuziehen.

Das alles aber verstellt den Blick darauf, dass es auch bei den Grünen eine Kindesmissbrauchsproblematik gab und (zu)lange nicht wahrgenommen wurde. Ohne Frage war die sexuelle Befreiung in den 1970er Jahren ein wichtiges Thema – in der Frauenbewegung und in der Schwulen- und Lesbenbewegung. Es ist auch verkehrt, den sexuellen Missbrauch von Kindern den 68ern in die Schuhe zu schieben, die Aufarbeitung der Missbrauchsfälle in den Kirchen spricht da Bände.

Aber wir müssen feststellen, dass es Personen gab, die wie in der Odenwaldschule unter dem progressiven Schlagwort der „sexuellen Befreiung und Selbstbestimmung“ Kindern und Jugendlichen sexuelle Bedürfnisse unterstellt haben, um sie zum eigenen Vorteil auszunutzen. Entgegen mancher Berichterstattung gab es kein grünes Wahlprogramm (und schon gar nicht in Baden-Württemberg), das solche Forderungen übernommen hätte. Wir müssen allerdings feststellen, dass es innerhalb der Grünen

in der Frühphase der Partei Raum für solche Personen gab – in Baden-Württemberg nannte sich dieser Arbeitskreis in den 80er Jahren „Kinder und Jugendliche“, viele dieser Pädophilen wurden den sogenannten „Stadtindianern“ zugerechnet. Auch in unserem Kreisverband – so berichten mir Mitglieder aus jenen Jahren – gab es in den 80er Jahren Pädophile, welche die „freie Entfaltung sexueller Bedürfnisse von Kinder und Jugendlichen“ propagierten und doch nur die eigene meinten.

Befördert hat diese Entwicklung, dass die Grünen damals eine Sammlungsbewegung der Neuen Sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen war. So haben sich die Mitglieder mit ihren speziellen Anliegen in den für sie interessanten Arbeitskreisen gesammelt und nicht unbedingt für die Aktivitäten anderer Arbeitskreise interessiert. Die Grünen waren ein Bündnis vieler gesellschaftlicher Außenseiter und so konnten alle Gruppen, auch beispielsweise Rechtsextreme von einer Solidarität unter Außenseitern profitieren. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre wurden Pädophile und ihre Arbeitskreise aus der Partei hinausgedrängt. Eine Auseinandersetzung mit diesem Teil der Parteigeschichte hat es bis heute allerdings nicht gegeben. Ich begrüße daher ausdrücklich, dass Claudia Roth die Aufarbeitung dieses düsteren und beschämenden Teils der Parteigeschichte angekündigt hat und Winfried Kretschmann dies im Landesparteirat ebenfalls angeregt hat.

Eines muss klar sein: Der eigentliche Verdienst der Aufklärung von Kindesmissbrauch gebührt der Frauenbewegung – darauf hat auch Winfried Kretschmann in der Landtagsdebatte deutlich hingewiesen



Zeit für den Grünen Wandel – wir haben viel vor

Beitrag von Chris Kühn,



29 Monate nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg wollen wir auch im Bund den Wechsel einleiten. Dafür haben wir Grünen in Berlin letztes Wochenende unser Wahlprogramm „Zeit für den grünen Wandel“ beschlossen. Jetzt gilt es, für unser Programm in den nächsten Monaten auf der Straße, im Internet, am Baggersee und in vielen bunten Veranstaltungen zu werben und möglichst viele Wählerinnen und Wähler zu überzeugen.

Die drei Schwerpunkte in unserem Programm sind dabei die gerechte Verteilung von Chancen und Wohlstand, die Modernisierung unserer Gesellschaft und die Energiewende. Ich finde, es lohnt sich für Mindestlohn und Kindergrundsicherung, für Investitionen in Bildung und Forschung, für eine konsequente Energiewende und für mehr Demokratie engagiert zu arbeiten und zu kämpfen.

Doch bis zum 22. September ist es noch ein weiter Weg. Uns steht ein heißer Sommerwahlkampf bevor! Dafür brauchen wir viele Helferinnen und Helfer aus der Partei, aber auch von außerhalb, die Lust haben, etwas zu verändern und sich einbringen möchten. Denn bei uns ist jeder und jede entscheidend. So werden beim Grünen Mitgliederentscheid erstmals alle Mitglieder gemeinsam entscheiden, welche die zehn Projekte sind, die wir in einer Regierungsbeteiligung als Erstes anpacken wollen. Damit gehen wir Grünen konsequent unseren Weg der Basisdemokratie und Transparenz weiter. Auch in Tübingen werden wir am 8. Juni in der Cafeteria des HIRSCH unsere zentralen Projekte beraten, debattieren und abstimmen.

Im Wahlkreis Tübingen haben wir viel vor. Wir werden zwei Veranstaltungsreihen durchführen, mit kreativen Aktionen auf uns aufmerksam machen und in der Stadt und der Region viele Grüne Zeichen setzen. Ich freue mich auf den Wahlkampf und hoffe auf Eure und Ihre Unterstützung.

Mehr zum Wahlkampf in Tübingen unter: www.chriskuehn.de

Herzlich, Chris Kühn

Praktikumsbericht von Jannike Riesch

Jannike hat ein dreiwöchiges Praktikum im Büro in Stuttgart absolviert.

Kopieren, Kaffee machen, herumsitzen und sich überflüssig, gar im Weg fühlen – das Horrorszenario Praktikum, welcher Student kennt es nicht. Nach drei Wochen im „Büro Lede Abal“ kann ich mit bestem Wissen und Gewissen sagen: all das erwartet einen während eines Praktikums bei der Landtagsfraktion der Grünen in Baden-Württemberg nicht. Erfreulicherweise ist nämlich das Gegenteil der Fall: spannende Diskussionen in den Fraktionssitzungen, intensive Beratungen in den verschiedenen Arbeitskreisen und Ausschüssen, mal mehr und mal weniger energische Plenardebatten – all das durfte ich während meiner Zeit im Abgeordnetenhaus in Stuttgart mitverfolgen. Durch eigene Recherchearbeiten zu unterschiedlichen Themen im Bereich Migration/Integration (Zuwanderung nach Baden-Württemberg, interkulturelle Öffnung der Verwaltung, Fachkräftezuwanderung im mittleren Qualifikationsbereich, etc.) konnte ich außerdem selbst einen kleinen Beitrag leisten.

Im Folgenden möchte ich kurz meinen gewonnenen Gesamteindruck darstellen und anhand einiger Aspekte illustrieren, die mich besonders beeindruckt haben oder mir besonders im Gedächtnis geblieben sind:

Die Offenheit, mit der ich empfangen wurde, und der freundliche Umgang innerhalb der Fraktion von Beginn an. „Ja, ja, ja, auf jeden Fall duzen“, grinste Jan Maczona, Daniel Lede Abals persönlicher Mitarbeiter, auf meine entsprechende Frage an Tag 1. Unter anderem diese Umgangsform, nicht nur unter den Abgeordneten sondern auch zwischen Abgeordneten, Mitarbeitern und Praktikanten, schaffte ein beinahe familiäres Klima und trug zur gewollt nicht-hierarchischen Arbeitsatmosphäre bei.

Der enorme Arbeitsaufwand und die zeitintensiven Termine und Veranstaltungen, denen sich ein Abgeordneter gegenüber sieht – da ist das Wochenende nicht selten eher kurz.

Die Arbeit der Mitarbeiter, oft rechte und linke Hand zugleich, ohne die das Arbeitspensum der Abgeordneten wahrscheinlich kaum zu bewältigen wäre.

Viele Bürger wenden sich von der Politik ab, da sie sich und ihre Interessen nicht mehr angemessen von Parteien und Politiker vertreten fühlen. Oft entsteht eine gewisse Diskrepanz zwischen dem, was in einer Demokratie von Volksvertretern erwartet wird, und deren Selbstverständnis – das schafft Politikverdrossenheit. Vorbildlich habe ich in dieser Beziehung die Grünen kennengelernt: bürgernah und am Dialog interessiert stehen sie für ihre Überzeugungen ein; authentische Charaktere, die mit Echtheit und vor allem Leidenschaft für ihre jeweiligen Fachgebiete hervortreten; viele private Anfragen per Mail oder Telefon an die Abgeordneten, die nie unbeachtet bleiben.

Abschließend kann ich daher nur sagen: vielen Dank an alle grünen Abgeordneten, Mitarbeiter und Praktikanten, die mir diesen spannenden Einblick ermöglicht, und vor allem an Daniel und Jan, die die Zeit durch ihre Offenheit, ihren Humor und viele spannende Internas mehr als kurzweilig gemacht haben!

Mitglied werden

Aktion für Grünes Wachstum

Ende Februar 2013 war es geschafft: Die Grünen haben mehr Mitglieder als je zuvor und damit die FDP überholt. 60.000 Mitglieder bringen uns auf Platz drei der Mitgliederstärksten Parteien in Deutschland. Oder um es mit den Worten von Steffi Lemke zu sagen: „das ist einfach mal geil“, die Grünen haben „eine Schallmauer durchbrochen“ und wachsen dabei täglich weiter.

Dennoch, es kann natürlich nie genug Mitstreiterinnen und Mitstreiter geben und natürlich stellen wir die Mitgliederwerbung deshalb nicht ein. Während wir im Rückspiegel also noch die 60.000 betrachten, steuern wir auf die 65.000 zu.

Im Jahr 2008 hat es der KV Tübingen geschafft im landesweiten Vergleich den größten Mitgliederzuwachs innerhalb eines Jahres zu verzeichnen. Das wollen wir nochmal schaffen! Deshalb haben wir uns etwas ausgedacht:

Wer in der Zeit vom 1. Mai 2013 bis zu Daniels Geburtstag am 1. Juni 2013 Mitglied bei den Grünen Tübingen wird gewinnt ein Picknick mit Daniel am 8. Juni 2013 auf einem Wiesengrundstück in Tübingen.

Wenn ihr also jemanden wisst, der/die noch unschlüssig ist – vielleicht lockt ja die Aussicht auf ein Picknick mit dem grünen Landtagsabgeordneten.
(Beitrag von Nele Schönau, Mitarbeiterin)

Grüne Termine

Eine Auswahl meiner öffentlichen Termine findet ihr auf meiner Homepage

Workshop zur Kommunalwahl 2014 des Stadtverbands Tübingen, Samstag 4. Mai ab 10.00 Uhr, Tübingen, Gemeindehaus Lamm am Markt

Regionalstadtbahn Neckar-Alb – grün Internes Koordinationstreffen Grüner MandatsrägerInnen aus allen drei Landkreisen, Montag 6. Mai 17.00 bis 20.00 Uhr, Tübingen Gaststätte Loretto

Lesung von Ralf Fücks, Veranstaltung der Heinrich-Böll Stiftung, Montag 13. Mai um 20.00 Uhr, Tübingen Museum, Wilhelmstraße 3

Kreismitgliederversammlung der Grünen Tübingen, Mittwoch 15. Mai um 19.30 Uhr, Tübingen Gemeindehaus Lamm am Markt



Daniel Lede Abal, MdL
V.i.S.d.P.

im Wahlkreisbüro: Nele Schönau

Am Lustnauer Tor 6 • 72074 Tübingen • Tel.: 07071/8895123 • Fax: 07071/8895131 • ledeabal.wk@gruene.landtag-bw.de

im Landtag: Jan Marczona

Konrad-Adenauer-Str.12 • 70173 Stuttgart • Tel.: 0711/2063-652 • Fax: 0711/2063-652 • daniel.ledeabal@gruene.landtag-bw.de

im Netz: www.ledeabal.de